

OST-UNION?

Russland baut die Streitkräfte um und sucht den Schulterschluss mit Belarus

(Frank Preiß, Februar 2009)

Die Vorstellung, die Sowjetunion könnte, in der einen oder anderen Form, wieder entstehen, gehört sicher zu den Alpträumen US-amerikanischer und westeuropäischer Machtpolitiker. Als der damalige Präsident Putin am 25.04.2005 den Untergang der UdSSR als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnete, waren hiesige Kommentatoren eher geneigt, dies als Ausdruck eines nostalgischen Phantomschmerzes denn als Programm zu werten.

Auch wenn von einer Restauration der UdSSR natürlich nicht die Rede sein kann, ist nicht zu übersehen, dass sich im postsowjetischen Raum beachtliche „zentripedale“ Tendenzen abzeichnen. Es wäre aber völlig falsch zu meinen, diese seien (nur) dem Streben des Kremls nach politischer und wirtschaftlicher Konsolidierung geschuldet. Die Einigungsbestrebungen speisen sich aus vielfältigen und widersprüchlichen Quellen. Der Zerfall der UdSSR hat Familien und Freunde auseinandergerissen, hat wirtschaftliche Kooperationen zerstört und soziokulturelle Räume geteilt. Dieser Zustand wird von vielen als unnatürlich und unerträglich empfunden. Hinzu kommt, dass die mit der kapitalistischen Transformation zunächst verbundenen Hoffnungen weitgehend enttäuscht wurden.

Das in jahrzehntelanger Kooperation und Arbeitsteilung entstandene ökonomische Beziehungsgeflecht wurde schwer geschädigt. Die sozialen, kulturellen und demografischen Folgen dieser Entwicklung bedrohen die Stabilität Russlands und der anderen ehemaligen sowjetischen Staaten und bleiben auch nicht folgenlos für die internationale Sicherheit. Der irrational erscheinende Angriff Georgiens auf Südossetien im August 2008 ist nur ein Beispiel dafür.

Ich will hier nicht näher auf die Ursachen des Zerfalls der Sowjetunion eingehen. Es ist aber notwendig anzumerken, dass dieser nicht den Willen der Mehrzahl der Bürger des Landes (die baltischen Staaten vielleicht ausgenommen) ausdrückte.

In einem Referendum vom 17. März 1991 sprachen sich immerhin noch 76,3 % der Bevölkerung (Wahlbeteiligung 79,85%) der UdSSR für den Erhalt des Staates in Form einer erneuerten Union aus.

Dass der von den politischen und wirtschaftlichen Eliten angestrebte Zerfall trotzdem rasch folgte, ist einem Konglomerat von Umständen geschuldet. Es wurde gelogen, manipuliert und das Blaue vom Himmel versprochen. Hinzu kamen Appelle an nationalistische Instinkte. Die verheerenden Ergebnisse der Perestrojka Gorbatschows taten ein Übriges. Die vom Westen erteilten und bereitwillig übernommenen Ratschläge erschienen vielen zunächst als alternativlos. Die 1990er Jahre unter Präsident Jelzin werden heute dagegen in Russland schamhaft als „Zeit der Wirren“ bezeichnet.

Die steigenden Rohstoffpreise und ein rationalerer Kurs des neuen Präsidenten Putin befeuerten die Hoffnungen um die Jahrtausendwende dann erneut. Es gelang ihm zweifellos, einige „Entstellungen“ zu korrigieren und das Land zu stabilisieren.

Um das Erbe, das Präsident Medwedjew am 7. Mai 2008 antrat, ist dieser aber trotzdem nicht zu beneiden. In Russland meint man angesichts der anrollenden Wirtschaftskrise zwar, besser als viele andere Staaten des „nahen Auslands“ gerüstet zu sein. Ob sich dies als Illusion erweist, werden wir bald sehen. Mit den Devisenreserven schmelzen schon seit einiger Zeit viele politische Illusionen wie Schnee in der Frühlingssonne dahin.

Das betrifft nicht zuletzt auch die Militär- und Sicherheitspolitik. Ein mächtiger Paukenschlag war Putins flammende Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007. Seine Forderung nach multipolarer Umgestaltung verhallte indes weitgehend folgenlos. Die USA setzen ihre Politik der Einschnürung Russlands mit den Plänen zur Errichtung von Elementen ihrer Raketenabwehr in Polen und Tschechien fort. Die unzähligen Einwände und Angebote Russlands wurden von den USA und der NATO vom Tisch gewischt. Stattdessen ließ man Georgiens Superman Saakaschwili gewähren. Einige hundert Tote, zerstörte Städte und Dörfer und das weitere Anfachen von Hass und nationalem Wahn im Kaukasus waren die sichtbarsten Folgen des verbrecherischen Abenteuers.

Allmählich und bislang auch unbeeinflusst von der Wahl Barack Obamas zum neuen Präsidenten ist eine Neubestimmung der Militär- und Sicherheitspolitik der Russischen Föderation unverkennbar. Nach den weitgehend gescheiterten Versuchen einer Militärreform in den vergangenen acht Jahren wurde Ende 2008 verkündet, man wolle den Streitkräften nunmehr endlich ein „neues Aussehen“ verleihen. Man spricht von „Optimierung“, und das Wort ruft bei vielen direkt und indirekt Betroffenen ähnlich panische Reaktionen hervor, wie bislang der Begriff „Militärreform“. Das ist freilich nur bei jenen der Fall, die nicht von Amts wegen mit der Umsetzung der neuen „Reform“ beauftragt sind und sich davon persönliche Vorteile erhoffen.

Viele Militärs und eine große Anzahl von Beobachtern halten jedoch den ersten zivilen Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow für zu schwach und für unfähig, die umfassenden Pläne umzusetzen, ohne der Truppe den Todesstoß zu versetzen.

Bis 2012 verringert sich der Personalbestand der Armee von gegenwärtig 1,13 Mill. Mann auf eine Million. Die etwa 1.900 Truppenteile und Divisionen werden aufgelöst. Man will stattdessen 172 Brigaden als Kern der neuen Armee schaffen. Alle Truppen sollen voll einsatzbereit sein. Gegenwärtig trifft das nur auf 17% zu. Von bislang 355.000 Offiziersstellen bleiben dann nur noch 150.000. Das erfolgt auf Kosten der höheren und Stabsoffiziere.

Auf 15 Soldaten soll ein Offizier kommen und ein General auf 1.100 Dienstleistende. Die Zahl der dann noch aktiven Generale wird von gegenwärtig etwa 1.000 auf 886 sinken.

Die Anzahl der freiwillig Längerdienenden soll dagegen kräftig steigen und Wehrpflichtige (1 Jahr Dienstzeit) ersetzen. Man plant, viele Stellen im administrativen Dienst künftig mit Zivilisten zu besetzen. Wieder einmal werden Leistungen, wie die Versorgung der Berufssoldaten mit Wohnraum, versprochen, um endlich das seit Jahrzehnten ungelöste Problem in den Griff zu bekommen. Die Gehälter der Soldaten will man auch spürbar anheben.

Beindruckend sind die Planungen hinsichtlich der technischen Modernisierung der Truppen. Es ist ja kein Geheimnis, dass die Bewaffnung und Ausrüstung der russischen Armee größtenteils museums- und schrottreif ist.

Daher will man den Luftstreitkräften und der Luftverteidigung in den nächsten vier Jahren 700 neue Flugzeuge und über 100 moderne Hubschrauber sowie etwa 200 Luftverteidigungskomplexe zuführen.

Die Flotte soll bis 2020 acht neue strategische und 12 konventionelle U-Boote und 41 Überwasserschiffe in den Dienst stellen. Vor allem die Ostseeflotte möchte man von Grund auf modernisieren.

Die strategischen Raketentruppen, das Rückgrat russischer Militärmacht, bleibt dabei natürlich auch nicht ohne Veränderungen. Die Anzahl der Divisionen soll von zwölf auf neun sinken. Die Verringerung der gegenwärtig etwas 500 Interkontinentalraketen, darunter etwa 50 vom Typ „TOPOL“, hat freilich auch ganz natürliche Gründe. In den kommenden fünf bis zehn Jahren müssen die Typen RS-20 (SATAN), RS-18 (STILETT) und ein Teil der RS-12 M (TOPOL) auf Grund des Ablaufs der technischen Nutzungsdauer verschrottet werden. Man möchte diese aber wenigstens zum Teil durch die neuen Raketen RS-24 ersetzen.

Nicht zuletzt sind wesentliche Veränderungen der Führungsorgane geplant. Die nach dem Krieg in Südossetien durchgesickerten Informationen über erschreckende Defizite bei der Truppenführung dürften ein wichtiger Grund dafür sein. Der Generalstab soll „verschlankt“ werden. Während gegenwärtig noch fast 22.000 Menschen im Generalstab und seinen Führungsorganen tätig sind, werden laut Planung 2012 nur noch 8.500 dort Dienst verrichten.

Soweit eine kurze Beschreibung der ehrgeizigen Pläne, deren Umsetzung aber in den Sternen steht. Dass die anrollende Wirtschaftskrise auch Russland gehörig beutelt und die notwendigen Finanzquellen zu verstopfen droht, ist dabei nur ein Aspekt. Die Bürger Russlands, das zeigen die jüngsten Umfragen, sind durchaus bereit, ihren Beitrag zu leisten. Ob das aber auch den politisch und wirtschaftlich Herrschenden vermittelbar ist? Die nach wie vor grassierende Korruption in den Führungsetagen der Wirtschaft, der Verwaltungen und auch in der Armeespitze zeugt von anderen Prioritäten der Eliten.

Präsident Medwedjew ist sich der Kompliziertheit der Situation offensichtlich bewusst. Die Lektion, die ihm die USA durch Georgien im August 2008 erteilte, wird er schwerlich schnell wieder vergessen.

Als er am 5. November 2008 ankündigte, als Antwort auf die US-Raketenpläne „Iskander“-Raketen im Gebiet Kaliningrad zu stationieren, war dies aber mehr eine diplomatische Sondierung denn eine Bedrohung. Der Präsident weiß nur zu gut, dass ein paar operativ-taktische Raketen die NATO kaum beeindruckten. Die abweisende Reaktion der westlichen „Partner“ auf seinen Versuch, Verhandlungen in Gang zu setzen, hat ihn offenbar darin bestärkt, sich neben dem Umbau der eigenen Streitkräfte auch der Suche nach verlässlichen Verbündeten zu widmen. Sowohl die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS) als auch die „Organisation des Vertrages über kollektiven Sicherheit“ (ODKB)¹ sind kurzfristig kaum in der Lage, und deren Teilnehmer auch meist (noch) nicht willig, sich der Osterweiterung der NATO geschlossen entgegenzustellen.

Die seit Ende 1991 bestehende GUS hat sich offenbar überlebt. Deren eigentliche Funktion erschöpft sich wohl mit der Sicherung eines geordneten Zerfalls der UdSSR. Die ehemaligen Mitglieder Georgien und Ukraine streben heute eine schnelle NATO-Mitgliedschaft an. Die ODKB dagegen entwickelt sich immer stärker zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor. Das außerordentliche Treffen der Staatshäupter der Teilnehmerländer am 4. Februar 2009 im Kreml hat dies bewiesen. Die Entscheidung, gemeinsame "Kollektive Eingreifkräfte" zu bilden, hat aber selbst Experten überrascht. Im Westen wurde das sofort als „Wiederbelebung

¹ Am 15. Mai 1992 gegründet. Gegenwärtige Mitglieder: Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan.

des Warschauer Paktes“ kolportiert. In Wirklichkeit ist es wohl der Versuch, die ODKB zu einem beachtlichem militärpolitischen Faktor zu entwickeln. Der Weg dahin ist aber noch sehr weit.

Hier muss man freilich eine Ausnahme machen: Die Russische Föderation und die Republik Belarus sind schon seit April 1997 durch eine Union² verbunden, die seit dem 26.01.2000 auch offiziell als „Unionsstaat“ bezeichnet wird. Viele ursprüngliche Vorhaben, wie die Einführung einer gemeinsamen Währung, wurden freilich noch nicht umgesetzt. Zu verschieden sind die beiden „slawischen Brüder“.

Der weißrussische Präsident Alexandr Lukaschenko machte nie einen Hehl daraus, dass er den Zerfall der UdSSR bedauert, die Methoden der „marktwirtschaftlichen Transformation“ als kriminellen Raubzug betrachtet und Russlands Oligarchen und die korrupte Beamtenschaft zum Teufel wünscht. Er macht bisher auch keinen Kotau vor dem Westen und verweigert sich einer umfassenden Geschichtsrevision. Dass er niemals die nationalistische Karte gezogen hat und die Bürger nichtweißrussischer Nationalität ihre Koffer wieder auspackten, als er 1994 Präsident wurde, kann ruhig erwähnt werden.

Man sollte aber nicht verschweigen, dass sein Führungsstil durchaus paternalistisch-autoritär ist. Präsident Lukaschenko vertritt die Meinung, dass der Staat und dessen Diener für die Bevölkerung da seien, dass der Staat für Bildung, Arbeit und Gesundheit zu sorgen habe, dass er die wirtschaftlichen Schlüsselbereiche und die wichtigsten Finanzströme kontrollieren müsse und dass Gewinne auch sozialisierbar seien. Nicht nur die Unternehmen, sondern auch die politischen Parteien seien vor ihrem eigenen in erster Linie dem Gemeinwohl verpflichtet. Alles in allem ein für Neoliberale kaum erträgliches Programm. Es trug Lukaschenko aber nicht nur die bittere Feindschaft der Herrschenden im Westen und der bürgerlichen Opposition im eigenen Land ein. Die Mehrheit der Bevölkerung wählte ihn gerade deshalb im April 2006 erneut zum Präsidenten, was man hierzulande natürlich umgehend mit Wahlbetrug begründete.

Die seit Jahren beständig, wengleich mit großen Schwierigkeiten wachsende Wirtschaft in Belarus sicherte bislang einen bescheidenen Wohlstand ohne große soziale Verwerfungen wie Armut und Massenarbeitslosigkeit. Damit hinderte Lukaschenko aber auch die potentielle, in den Startlöchern ausharrende Neubourgeoisie daran,

² Der Unionstaat besitzt als höchstes Organ den „Obersten Staatsrat“, dem die Präsidenten, die Ministerpräsidenten sowie weitere Führungspersonen Russlands und Belarus' angehören. Weiterhin gibt es eine parlamentarische Versammlung und ein Exekutivkomitee. Seit 2000 leitet Staatssekretär Pawel Borodin (Russland) die Union. Sie wird als „weiche Föderation“ charakterisiert. Internetseite des Unionsstaates: <http://www.soyuz.by/>

sich der Ressourcen zu bemächtigen. Der „letzte Diktator Europas“ erfreut sich wohl eben deshalb auch bei der russischen Bevölkerung einiger Beliebtheit.

Als am 9. Mai 2008 Russlands neuer Präsident Dmitri Medwedjew unmittelbar nach dem Amtsantritt gemeinsam mit Alexandr Lukaschenko in der Festung Brest an der polnischen (NATO-)Grenze den Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus feierte, war das ein nicht unbedingt zu erwartendes, aber deutliches Signal.

Der Augustkrieg im Kaukasus und das Beharren der USA auf der „Raketenabwehr“ in Polen haben sicher befördert, dass die bereits seit Jahren bestehende enge militärische Kooperation der beiden Staaten gegenwärtig eine rasante Dynamik erfährt. Es ist kein Geheimnis, dass trotz aller politischen und wirtschaftlichen Querelen die Militärs schon seit über 10 Jahren sehr eng kooperieren. Die belarussische Armee ist sicher die einzige der Nachfolgestaaten der UdSSR, der eine Reform einigermaßen geglückt scheint³. Die zahlenmäßig kleine Truppe (50.000 Soldaten) gilt unter Fachleuten als diszipliniert, gut ausgebildet und relativ modern ausgerüstet. Dies, sowie die sozialen Bedingungen und der innere Zustand der Truppe, lässt nicht nur russische Offiziere neidvoll nach Belarus blicken. Bemerkenswert hoch ist die Akzeptanz des Militärs auch in der heimischen Bevölkerung.

Am 15. Dezember hat Präsident Lukaschenko, er ist auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte, eine neue Streitkräftekonzeption bestätigt. Darin heißt es: „Das Völkerrecht ist heute nicht mehr in der Lage, die Souveränität und territoriale Integrität der Staaten zu garantieren, wenn diese nicht auch über ausreichende Kräfte zur Abwehr einer möglichen Aggression verfügen. Krieg wird leider von einigen Staaten ...als legitimes Mittel der Außenpolitik betrachtet.“

Minsk ist in den letzten Monaten auf militärischem Gebiet nicht untätig gewesen. Die Beobachter der operativen Komplexübung „Herbst-2008“ konnten sich davon überzeugen, dass die Truppen auch komplizierte Aufgaben meistern können. Besonders auffällig ist der Ausbau der Spezialeinsatzkräfte. Aber auch die Rüstungsindustrie ist für Überraschungen gut. Die belarussische Modernisierung der Kampfjets SU-27BM1 und MIG-29BM gilt unter Spezialisten als äußerst gelungen.

Daher ist es nicht verwunderlich, wenn Dmitri Medwedjew und sein Generalstab nach Minsk schauen, wenn es darum geht, das Land in Richtung Westen militärisch zu sichern. Wären nicht die Belorussen, dann hätte Russland nicht einmal zwei Divisionen zwischen seiner Hauptstadt und der NATO. Von der einst lückenlosen Luftverteidigung sind auch nur noch spärliche Bruchstücke übrig. Wer in diesem Kon-

³ Siehe „junge Welt“ v. 21.04. „Bewaffneter Friede“ und das Gespräch mit Verteidigungsminister Malzew (jW v. 31.05. und 01.06.06).

text die erwähnten „Iskander“-Raketen als bedrohliche Geste interpretiert und nicht als Pfeifen im Wald erkennt, ist offenbar inkompetent oder böswillig.

Am 3. Februar 2009 wurde die „Vereinbarung über das einheitliche Luftverteidigungssystem“ Russlands und Belarus` schließlich im Beisein der beiden Präsidenten auf der Sitzung des Obersten Staatsrates des Unionsstaates unterschrieben. Während Belarus sich bislang überwiegend aus der eigenen Rüstungsindustrie versorgte, sollen dem Land künftig russische Lieferungen von modernen Waffen zu Vorzugsbedingungen offenstehen.

Die konkreten Planungen freilich sind noch topsecret. Wahrscheinlich werden die 61. Luftbasis in Baranowitschi (ca. 40 Jäger SU-27 und MIG 29), die 56. Fliegerabwehrraketenbrigade (Sluzk), die 115., 120., 147. Fla-Raketenbrigaden (Brest, Baranowitschi, Bobruisk) sowie die 302. Brigade (Domanowo) den Kern des Luftverteidigungssystems bilden. Die 115. Brigade ist mit S-300 PMU bestückt, und bei Bobruisk stehen S-300W. Alle Truppenteile gehören zum „westlichen operativen Kommando“ Weißrusslands.

Es ist damit zu rechnen, dass auch die sagenumwobene Luftabwehrrakete S-400 nach Belarus gelangt. Damit können 600 km entfernte Ziel aufgefasst und in bis zu 250 km Entfernung sicher bekämpft werden.

Gegenwärtig laufen konkrete Verhandlungen mit Russland über die Lieferungen von operativ-taktischen "Iskander"-Raketen in den Jahren 2009 und 2010 an Belarus. Die Kaliningrader „Iskander“-Pläne könnten dann wohl in den Reißwolf. Die vorgeschobene US-Raketenposition wäre dann eventuell ein Vermerk in einem neuen Zielkatalog.

Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen. Belarus ist schon seit Monaten aus den Schlagzeilen verschwunden, als ob das Land nicht existierte. Auch Präsident Lukaschenko findet kaum noch Erwähnung und schon gar nicht als Diktator. Ist das die Folge der seit einiger Zeit auch in Minsk vor sich gehenden „Liberalisierung“ der Wirtschaft? Erst kürzlich wurden ein Teil der Preisbindungen aufgehoben und einige andere Bedingungen im Sinne der privaten Unternehmen gelockert.

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und von den Massenmedien geschickt umgangen wurden auch der Besuch des belarussischen Außenministers Sergej Martynow in Deutschland und dessen Treffen mit Außenminister Steinmeier. Russland und die Weltbank bieten Minsk um die Wette Kredite an, und auch die EU macht keine Ausnahme. Chefdiplomat Javier Solana reiste am 19. Februar nach Minsk und schlug dem Land die Teilnahme am Programm „Ostpartnerschaft“ vor. Alexandr Lukaschenko machte aber im Gespräch mit ihm sofort klar, dass für ihn

nur Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe in Frage kommen und dass er von vornherein jeden Kuhhandel zu Lasten der Interessen Belarus' ablehnt.

Kein Wunder, dass die Neue Zürcher Zeitung umgehend „zweifelhafte Anzeichen für ein Tauwetter in Minsk“ ausmachte und mit der Verwendung des Begriffs aus dem Kalten Krieg die widerspenstigen Weißrussen in die vermeintliche Schmutzecke stellt.

Präsident Lukaschenko blieb am 23. Februar 2009 während seiner Rede zum „Tag des Verteidigers des Vaterlandes“ die Antwort nicht schuldig.

„Die aufziehende internationale Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt die globalen Widersprüche und veranlasst bestimmte Kräfte dazu, extreme Lösungen zu suchen. Die Erweiterung der geographischen und funktionellen ‚Sphären der Verantwortung‘ der NATO, der Ausbau von militärstrategischen Objekten an unserer Grenze, das Drehen an der Rüstungsschraube erweisen sich als destabilisierend. ...Belarus kooperiert mit den GUS-Staaten, mit den Ländern Asiens und Lateinamerikas. Es tritt auch für eine enge gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der EU, der OSZE, der NATO ein, und da gibt es bereits positive Ergebnisse.“